



**Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL**  
Vorsitzender des Kreisverbandes  
Pforzheim / Enzkreis  
Geschäftsstelle  
Blücherstr. 7a  
75177 Pforzheim  
Telefon: 07231 / 52 792  
Fax: 07231 / 53 291  
[fdp-pf-enz@t-online.de](mailto:fdp-pf-enz@t-online.de)

## **Newsletter September 2011**

### **„Eine verfassungswidrige Haftungsunion ist mit der FDP nicht zu machen!“**

Liebe Mitglieder, Interessierte und Freunde der FDP,

das Bundesverfassungsgericht hat am 7. September mit seinem Urteil zum ersten Rettungspaket für Griechenland und den Europäischen Stabilitätsmechanismus unsere liberale Linie im Wesentlichen bestätigt: Die Bundesregierung darf am Bundestag vorbei keine Garantien übernehmen. Auch darf es keine finanziellen Hilfsautomatismen geben. Wenn ein Land Hilfen aus dem europäischen Rettungsfonds in Anspruch nehmen will, muss die Bundesregierung stets zuerst die Zustimmung des Haushaltsausschusses des Bundestages einholen. Zudem hat Karlsruhe indirekt die Einführung von Eurobonds ausgeschlossen, also von gemeinsamen Anleihen der Euro-Länder, die durch eine Vermischung der Kreditwürdigkeit aller Euro-Länder die Schuldzinsen für hoch verschuldete Staaten wie Griechenland zwar gesenkt, für Deutschland aber stark verteuert hätte. Eine solche Haftungsunion, die die FDP in der Bundesregierung bisher mit allen Kräften verhindert hat, auch weil sie den Druck zu einer strengen Haushaltsdisziplin von den hoch verschuldeten Staaten nähme, ist durch das Urteil des Zweiten Senates nun praktisch ausgeschlossen: „Der Deutsche Bundestag darf seine Budgetverantwortung nicht durch unbestimmte haushaltspolitische Ermächtigungen auf andere Akteure übertragen. Insbesondere darf er sich, auch durch Gesetz, keinen finanzwirksamen Mechanismen ausliefern, die - sei es aufgrund ihrer Gesamtkonzeption, sei es aufgrund einer

Gesamtwürdigung der Einzelmaßnahmen - zu nicht überschaubaren haushaltsbedeutsamen Belastungen ohne vorherige konstitutive Zustimmung führen können.“

Der FDP-Bundesvorsitzende und Vizekanzler Dr. Philipp Rösler hat völlig zu Recht die Möglichkeit einer „geordneten Insolvenz“ Griechenlands angesprochen. All diejenigen, die ihn dafür in eiligem Kanzlerinnengehorsam kritisiert haben, sollten schon genau nachlesen, was er in seinem Gastbeitrag in der Zeitung „Die Welt“ geschrieben hat: „Um den Euro zu stabilisieren, darf es auch kurzfristig keine Denkverbote mehr geben. Dazu zählt notfalls auch eine geordnete Insolvenz Griechenlands, wenn die dafür notwendigen Instrumente zur Verfügung stehen.“ Die Bedingung „wenn die dafür notwendigen Instrumente zur Verfügung stehen“ verweist klar auf den Europäischen Stabilitätsmechanismus, in dem genau dies vernünftigerweise vorgesehen sein muss.

Diese Überlegungen des Bundeswirtschaftsministers sind auch keineswegs eine tollkühne oder gar antieuropäische Außenseiterposition, wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble gerne darstellen. Eine Gruppe von 16 führenden deutschen Wirtschaftsforschern hat sich demonstrativ hinter Philipp Rösler gestellt – darunter Carl Christian von Weizsäcker, Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn und Kai Konrad (Vorsitzender von Schäubles eigenem wissenschaftlichem Beirat!). Sie warnen sogar eindringlich, Deutschland mache sich für die Gläubiger „beliebig erpressbar“, wenn es eine Staatsinsolvenz Griechenlands kategorisch ausschließe. Im Übrigen impliziert der angeblich so diplomatische und umsichtige Herr Schäuble selbst eine in diesem Fall wirklich verantwortungslose, weil ungeordnete Zahlungsunfähigkeit Griechenlands, wenn er Athen damit droht, dass die nächste Tranche des Hilfspaketes nicht bewilligt werde, sofern das Land die vereinbarten Auflagen nicht erfülle. Wenn Griechenland die Tranche nicht bekommt, ist es faktisch zahlungsunfähig! Nur aussprechen will der Finanzminister das böse Wort „Insolvenz“ nicht, um „die Märkte“ nicht zu beunruhigen. Als ob die Investoren auf den Finanzmärkten nicht Eins und Eins zusammen zählen könnten! Herr Schäuble leidet, wie der Börsenmakler Dirk Müller richtig kommentiert hat, inzwischen wohl etwas an Selbstüberschätzung: „Bei der Investmentbank Goldman Sachs in New York gerät keiner in Unruhe, wenn jemand in Deutschland etwas sagt.“

Frank Schäffler und Burkhard Hirsch wollen mit ihrem Entwurf für einen FDP-Mitgliederentscheid noch einen Schritt weiter gehen als der Bundesvorsitzende und fordern darin die Möglichkeit des Ausscheidens eines Mitgliedslandes aus der Euro-Zone. Dahinter steht die Überlegung, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion ein Minimum an internationaler Wettbewerbsfähigkeit voraussetzt. Anderenfalls leidet eine

betroffene Volkswirtschaft unter dem gemessen an ihrer eigenen Leistungsfähigkeit hohen Kurs der Währung. Insofern liegt der Gedankengang nahe, dass es für die Griechen womöglich leichter und auch sozialverträglicher ist, ihre volkswirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit außerhalb der Währungsunion wieder zu erlangen. Denn wenn die griechische Volkswirtschaft innerhalb der Eurozone wieder wettbewerbsfähig werden will, müssten die Griechen zusätzlich zu den öffentlichen Sparpaketen Lohnkürzungen in einem radikalen Ausmaß akzeptieren. Fachleute wie Hans-Werner Sinn sprechen von einer notwendigen Absenkung des allgemeinen Lohnniveaus um 20 bis 30 Prozent. Allerdings gehört auch zur Wahrheit, dass die Rückkehr Griechenlands zu einer eigenen Währung sowohl für die Griechen selbst als auch für die verbleibenden Euro-Länder mit derzeit unüberschaubar hohen Kosten verbunden wäre, zumal die Schulden Griechenlands in Euro bestehen bleiben würden. Auch die im Antrag von Schäffler und Hirsch enthaltene Ablehnung gegenüber dem Europäischen Stabilitätsmechanismus hilft in der jetzigen Situation kaum weiter.

Meines Erachtens müssen zunächst tatsächlich eine Verschärfung der Sanktionsmechanismen und eine Insolvenzordnung innerhalb des Euroraums im Vordergrund stehen, um die strukturellen Schwächen der Währungsunion mit Blick auf sämtliche Mitgliedsländer in den Griff zu bekommen. Zwar geben die neusten Daten aus Portugal und Spanien durchaus Anlass zur Hoffnung, aber nicht zuletzt der Schlingerkurs von Herrn Berlusconi und die Herabstufung der Kreditwürdigkeit Italiens durch die Ratingagentur Standard & Poor's zeigen, dass der Druck zu einer verantwortungsvollen Haushaltsführung in den Euro-Ländern insgesamt noch nicht hoch genug ist. Ich warne deshalb davor, Griechenland als isoliertes Problem zu betrachten und nach einer schnellen Einzellösung zu suchen.

Vor dem Hintergrund der europäischen Schuldenkrise ist es eine gute Nachricht, dass die grün-rote Landesregierung in Stuttgart der massiven Kritik von FDP, CDU, Steuerzahlerbund und Rechnungshof schließlich doch nachgegeben hat und nun schon im laufenden Jahr anstrebt, ohne Neuverschuldung auszukommen. Hätte Finanzminister Nils Schmid (SPD) die ursprüngliche Haushaltsplanung beibehalten, in der Grün-Rot noch eine Neuverschuldung in Höhe von 560 Millionen Euro vorsah, wäre er angesichts der Steuermehreinnahmen in Höhe von mehr als einer Milliarde Euro als Finanzpolitiker auch nicht mehr ernst zu nehmen gewesen. Allerdings bleibt erst einmal abzuwarten, wie ernst die Landesregierung es mit ihren neuen Sparanstrengungen tatsächlich meint, zumal führende Stimmen aus der Koalition schon jetzt einwenden, eine verbleibende Finanzierungslücke in der Größenordnung von 350 Millionen Euro sei im Jahr 2011 wahrscheinlich doch nicht mehr zu

schließen. Den sparwilligen Kollegen in der grün-roten Koalition wollen wir zum Wohle Baden-Württembergs unterstützend beistehen. Die FDP-Fraktion wird deshalb im Landtag einen Antrag auf Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung einreichen. Vielleicht sollte Ministerpräsident Winfried Kretschmann in diesem Zusammenhang auch einmal darüber nachdenken, ob er es selbst noch verantworten kann, das Personal der Ministerien mit fachlich ungeeigneten Parteifreunden immer weiter aufzublähen. Dass selbst der grüne Verwaltungsbürgermeister Stuttgarts Werner Wölfle in einer versehentlich öffentlich gewordenen SMS die unverfrorene Günstlingswirtschaft in Kretschmanns Staatsministerium inzwischen als „peinlich“ empfindet, weil dort nach seiner Ansicht unqualifizierte Personen wie der Stuttgarter Grünen-Vorsitzende Philipp Franke auf lukrative Posten gehievt werden, spricht Bände.

Dass Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer (SPD) fast zum gleichen Zeitpunkt, als ihr Parteifreund Schmid die „schwarze Null“ für das Haushaltsjahr 2011 ankündigte, ein zusätzliches Bildungspaket im Umfang von 360 Millionen Euro forderte, ohne dass ihre eigene Partei oder der Koalitionspartner vorab informiert gewesen waren, zeigt darüber hinaus, dass es dem Kabinett nicht nur an der notwendigen Haushaltsdisziplin, sondern an einem grundlegenden Wirklichkeitssinn für finanzielle Dimensionen mangelt. Außerdem fragt man sich inzwischen, ob die Kultusministerin überhaupt noch weiß, wie viele Lehrerstellen sie denn jetzt eigentlich zusätzlich aufbauen oder streichen will. Erst hieß es, am Ende der Legislaturperiode wolle sie aufgrund der rückläufigen Entwicklung der Schülerzahlen massiv Stellen kürzen, anstatt, wie noch von der schwarz-gelben Regierung vorgesehen, mit Hilfe des dann frei werdenden Personals die Klassen zu verkleinern. Und jetzt plötzlich sieht sie wieder den dringenden Bedarf, rund 6500 Lehrer zusätzlich einzustellen. Frau Warminski-Leitheußer sollte Ruhe in die Personalpolitik bringen, anstatt die Schulen durch ihr hektisches Hin und Her immer weiter zu verunsichern.

Zu einem unmittelbar finanzpolitischen Thema sind inzwischen auch die Proteste gegen das Infrastrukturprojekt „Stuttgart 21“ geraten. Aus einer Antwort des Innenministers Reinhold Gall (SPD) auf meine Kleine Anfrage zum Thema (Drucksache 15/401) geht hervor, dass der Streit die Steuerzahler inzwischen mit Ausgaben in Höhe von mehr als 40 Millionen Euro belastet. Allein die Polizeieinsätze schlagen dabei mit mehr als 31 Millionen Euro zu Buche. Diese immense Summe hätte wahrlich für sinnvollere Dinge ausgegeben werden können. Wenn die Polizeiausgaben sich in Zukunft bei jedem Großprojekt im Land in diesen Dimensionen bewegen, sehe ich schwarz für den Standort Baden-Württemberg. Zudem ist es aberwitzig für mehrere Millionen Euro eine Volksabstimmung durchzuführen, für die nach nahezu einhelliger Expertenmeinung jegliche verfassungsrechtliche Grundlage fehlt. In der

Antwort auf meine Kleine Anfrage war noch von Kosten in Höhe von 8,2 Millionen Euro die Rede. Inzwischen spricht das Innenministerium schon davon, dass die Volksabstimmung zwischen 10 und 12 Millionen Euro kosten wird. Auch insgesamt 376.000 Euro für eine Schlichtung, die am Ende an der Unzuverlässigkeit der Projektgegner und der Eigensinnigkeit eines Schlichters gescheitert ist, der meinte, mit einem aus guten Gründen schon seit Jahren verworfenen Kompromissvorschlag von seiner moderierenden Rolle abweichen zu müssen, sind einfach zu viel Geld, das für Nichts ausgegeben wurde. Die Landesregierung muss das Projekt jetzt endlich vorantreiben, anstatt immer neue Kosten zu verursachen.

Wie wir in der Klausur der FDP-Landtagsfraktion in Öhringen beschlossen haben werden wir nicht gegen das Ausstiegsgesetz der grün-roten Landesregierung zu „Stuttgart 21“ klagen. Wir halten es für klüger, wenn wir uns politisch mit der Frage auseinandersetzen. Wenn wir eine Volksabstimmung juristisch verhinderten – wozu es verfassungsrechtlich wie vertraglich gute Gründe gäbe – ebneten wir den Projektgegnern den Weg für einen vermutlich auf Jahre politisch bestimmenden Mythos, die Volksabstimmung sei an Demokratiefeindlichkeit gescheitert. Das wäre sowohl für das Projekt als auch für die Stimmung im Land fatal. Es ist besser, das Gesetz scheitert bei den Menschen als vor Gericht.

Was ich allerdings in aller Deutlichkeit kritisiere, ist der Bruch des eigenen Koalitionsvertrages, den die Landesregierung begehen will. Darin findet sich der unzweideutige Satz: „Bestandteil des zur Abstimmung gestellten Gesetzesentwurfs ist dabei auch, welche Kosten auf das Land im Falle eines solchen Ausstiegs zukommen.“ Genau dies soll jetzt aber doch nicht der Fall sein. Von den Kosten eines Ausstiegs wird im Gesetzesentwurf keine Rede sein. Anscheinend gelten bestehende Verträge generell nichts mehr, wenn die Grünen beteiligt sind – weder Verträge mit der Deutschen Bahn noch Verträge mit dem Koalitionspartner. Als Grund für den offenbaren Bruch des Koalitionsvertrages gibt Grün-Rot an, die Landesregierung wolle der Deutschen Bahn keine Handhabe für eine Klage geben. Denn wenn der Gesetzesentwurf eine Summe nenne, werde sich die Deutsche Bahn im Falle eines Rechtsstreits darauf berufen. Glaubt denn jemand im Ernst, dass sich bei einem Rechtsstreit niemand auf die unter anderem in der Südwestpresse vom 24. August 2011 dokumentierte Aussage des Ministerpräsidenten berufe, der zufolge eine Ausstieg mindestens 500 Millionen Euro koste?

Auch mit Ihrer Vorgehensweise der Landesregierung kann eigentlich niemand, der etwas auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hält, einverstanden sein: Die Regierung brachte bei einer abgekarteten Schauveranstaltung im Parlament ein Gesetz ein, das sie angeblich wollte,

aber doch wieder nicht wollte, da es ja eine Parlamentsmehrheit ablehnen sollte. Dann sollten Abgeordnete, die das Gesetz abgelehnt hatten, es doch wieder ermöglichen, indem sie eine Volksabstimmung beantragen. Mit einem solch unwürdigen Schauspiel wird die selbst ernannte „Bürgerregierung“, die doch die Demokratie ganz neu erfinden wollte, das Vertrauen in die Politik nicht zurückgewinnen.

Ein anderes Thema, bei dem wir als FDP derzeit gegen die naive Naturromantik aller anderen im Landtag vertretenen Parteien ankämpfen, ist der Nationalpark, den Grün-Rot dem Nordschwarzwald aufdrücken will. Von den hehren Forderungen nach „Politik auf Augenhöhe“ und dem „Mitnehmen der Bürger“ bei „ergebnisoffenen Entscheidungsprozessen“, bei denen „alle Fakten auf den Tisch kommen“, ist auch hier nicht mehr allzu viel zu spüren. Zwar hat der Minister für den Ländlichen Raum Alexander Bonde 120.000 Flyer mit Antwortkarten an die Haushalte der Region verteilen lassen, um mit den Bürgern einen Dialog zu beginnen. Das geschah aber in der Urlaubszeit und ging obendrein noch schief. Auf den Antwortkarten war Freitag, der 16. September, als Rücksendefrist angegeben, also der erste Freitag nach den Sommerferien. Viele Bürger erhielten die Flyer aber erst mit der Post vom 13. September, woraufhin Minister Bonde der Post die Schuld für die Verzögerungen gab und die Frist „großzügig“ um zwei Werktage und ein Wochenende (!) auf den 20. September verschob.

Wer ernsthaft an der Sicht der betroffenen Bürger vor Ort interessiert ist, der bemüht sich vornherein um eine realistische Zeitplanung mit Puffer für Verzögerungen und startet den Versand schon gar nicht in den baden-württembergischen Sommerferien, zumal die langfristige Verfahrenszeit bis zur tatsächlichen Realisierung eines Nationalparks in vielleicht zwei Jahren dies problemlos zuließe. Es gibt eigentlich nur zwei Erklärungen: Entweder war bei der Aktion Dilettantismus bei der Planung am Werk, oder – und das erscheint mir nicht abwegig – das Flugblatt ist in Wirklichkeit eher ein Feigenblatt und der Minister interessiert sich überhaupt nicht ernsthaft für die Meinung der Bürger. Von echter Ergebnisoffenheit in dem Prozess kann darüber hinaus überhaupt keine Rede sein. Grün-Rot hat im Koalitionsvertrag festgelegt, dass Baden-Württemberg einen Nationalpark bekommen soll. Und den Platz für dieses Prestigeprojekt sieht die Landesregierung derzeit nur im Nordschwarzwald. Entsprechend einseitig ist auch der Text des Flugblattes gestaltet.

Viele Kommunen und Bürger im Nordschwarzwald lehnen einen Nationalpark aus durchaus guten Gründen ab. Gegen die Ausweisung großflächiger Natur- oder Landschaftsschutzgebiete ist nicht grundsätzlich etwas einzuwenden, aber nicht alle Schutzmodelle passen in jede Region. Das Konzept der Nationalparks, das in §24 des

Bundesnaturschutzgesetzes geregelt ist, sieht ein großflächiges, unzerschnittenes Gebiet mit einer Fläche von mindestens 10.000 Hektar vor, das besonders schützenswert ist. Mindestens 75 Prozent des Gebietes müssen dabei als Kernzone ausgewiesen werden, die einem Totalreservat gleichkommt. In diesem Gebiet soll nämlich der „ungestörte Ablauf der Naturvorgänge“ nicht mehr vom Menschen beeinflusst werden. Kurzum: Die nährstoffarmen Böden im Nordschwarzwald, die ständig zur Versauerung neigen, dürften dann auf einer Fläche von mindestens 7500 Hektar nicht mehr gekalkt werden. Das Ergebnis wäre dort in wenigen Jahren ein Absterben des Waldes. Auch die Borkenkäfer dürften in der Kernzone nicht mehr wie bisher bekämpft werden und könnten sich von dort aus immer wieder auf benachbarte Waldgebiete ausbreiten und Schaden anrichten. Und die Bewegungsfreiheit für Waldbesucher ist in der Kernzone eines Nationalparks ebenfalls massiv eingeschränkt.

Das Nationalparkkonzept schließt anders als etwa ein Biosphärengebiet, wie wir es auf der Schwäbischen Alb haben, menschliche Eingriffe und kulturlandschaftliche Pflege weitestgehend aus. Das ist nicht nur aus Sicht der im Nordschwarzwald wichtigen Forst- und Holzwirtschaft problematisch, sondern auch ein antiquiertes Naturschutzverständnis, dem romantische Vorstellungen von einer „unberührten Wildnis“ zugrunde liegen, die es bei uns nicht gibt. Der Nordschwarzwald ist weder ein europäischer Urwald noch in einem urwaldähnlichen Zustand, sondern eine seit vielen Jahrhunderten vom Menschen sichtbar geprägte und gepflegte Kulturlandschaft. Den Wald in seiner heutigen Form nun sich selbst zu überlassen, würde nicht nur zu seinem Absterben führen, sondern auch zu einem Verlust an Artenvielfalt. Ein gewisser Anteil an Totholz im Wald kommt der Biodiversität zwar zugute, aber es muss eben ein Anteil bleiben. Zudem dient der nachhaltig bewirtschaftete, intakte Wald unter anderem durch Schadstofffilterung dem Quellen- und Grundwasserschutz und bindet jedes Jahr pro Hektar eine Menge an Kohlendioxid, die 2000 bis 3000 Litern Heizöl entspricht. Diese Leistung erbringen Totholzwälder, wie sie schon im Nationalpark Bayerischer Wald großflächig zu sehen sind, nicht mehr. Eine solche Verödung der Region kann weder im Interesse von Naturschutz noch im Interesse des Tourismus sein. Wir werden uns daher im Landtag intensiv gegen dieses Vorhaben der Landesregierung wenden.

Liebe Mitglieder, Interessierte und Freunde der FDP,

Sie sehen, dass es zurzeit eine ganze Reihe von Zukunftsfragen gibt, auf die nur die FDP wirklich liberale Antworten gibt. Die Wahlniederlage der FDP in Berlin war bitter. Die Gründe für das Ergebnis sind dort aber auch in der Zerstrittenheit des Landesverbandes und einer geistig wenig tiefgreifenden Wahlkampagne zu suchen. Lassen Sie sich bitte nicht entmutigen! Als ich mit der Landespolitik angefangen habe, war die Partei nur in vier

Landtagen vertreten. Auch diese Zeiten hat sie überlebt. Deshalb wird sie es – wie derzeit – auch überleben, in elf Landtagen vertreten zu sein. Wenn wir das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zurückgewinnen möchten, müssen wir zeigen, dass wir bei konfliktbeladenen Themen wie der Euro-Rettung nicht nur unmittelbar vor Wahlen Klartext reden und vor allem auch bei unseren Positionen bleiben und diese durchsetzen. Ich denke, wir haben diesbezüglich jetzt einen guten Weg eingeschlagen.

Ihr

Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL

Kreisvorsitzender